

## Spaltung und „Backlash“: Ausgangsbedingungen der Coronakrise in Brasilien

KAI MICHAEL KENKEL | FLORIAN HOFFMANN

**Abstract** Der Beitrag präsentiert die Grundspaltungen in der brasilianischen Gesellschaft in Bezug auf die Covid-19 Pandemie. Viele Auswirkungen der Pandemie sind Resultate des bewussten Abbaus von disparitätslindernden Sozialmaßnahmen durch die Regierung Bolsonaro. Anhand des Galtung'schen Gewaltbegriffes werden drei zentrale Spaltungslinien aufgezeigt: drei identitätsbedingte Spaltungen; die klassische Rechts-Links-Spaltung in der Politik; und die religiöse Spaltung. Im Folgenden zeigen wir, wie diese Spaltungen seit Ende der Militärdiktatur (1964–1988) sowohl Anlass für Reformbemühungen gewesen sind als auch diese immer wieder konterkariert haben. Dabei unterscheiden wir drei Phasen: Reform (1994–2016); ein neoliberaler Übergang (2016–2019), währenddessen soziale Maßnahmen zurückgenommen und Spaltungen erneut vertieft wurden; und schließlich die aktuelle Phase der aktiven Polarisierungs- und Exklusionspolitik Bolsonaros. Vor diesem Hintergrund behandeln wir dann den Umgang mit der Pandemie und ihre Auswirkungen. Wir schließen mit einem Blick auf die Zukunft und auf das Resilienzpotential einer Gesellschaft mit ausgeprägter Fähigkeit zur Kontingenzverarbeitung.

**Keywords** Brasilien, strukturelle Gewalt, Covid-19, gesellschaftliche Spaltungen

### Cleavages and backlash: starting conditions for the coronavirus crisis in Brazil

**Abstract** This text presents the basic cleavages in Brazilian society and highlights the effects of the Covid-19 crisis. Many of the worst effects of the pandemic have been the result of the intentional reduction by the Bolsonaro government of measures designed to reduce socioeconomic disparities. Based on Galtung's concept of violence, we present three central cleavage lines in Brazilian society: three identity-based divides; the classic right-left political spectrum; and the religious cleavage. Subsequently we show how, since the end of the military dictatorship (1964–1988), these cleavages have driven – as well as blocked – movements for reform. We distinguish three phases: reform from 1994–2016; a brief neo-liberal transition phase from 2016–2019; and finally, the current phase of policy directed at polarization and exclusion under Bolsonaro. Against this backdrop, we then evaluate the handling of the pandemic and its wide-ranging effects. We conclude with a look at the future and the potential for resilience of a society with a marked capacity for adaptation.

**Keywords** Brazil, structural violence, covid-19, societal cleavages

---

Prof. Dr. Kai Michael Kenkel, Professor, Institut für Internationale Beziehungen (IRI), Pädstlich-Katholische Universität Rio de Janeiro (PUC-Rio), Casa XX, Vila dos Diretórios, Rua Marquês de São Vicente, 225, Gávea–Rio de Janeiro – RJ – 22451–900, Brasilien, kenkel.iri@gmail.com.

Prof. Dr. Florian F. Hoffmann, Professor, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Pädstlich-Katholische Universität Rio de Janeiro (PUC-Rio), f-hoffmann@puc-rio.br.

## 1. Einführung: Spaltungen und Resilienzpotentiale im ewigen „Land der Zukunft“

Brasilien ist weltweit eines der von der Covid-19 Pandemie am stärksten betroffenen Länder. Über 22 Millionen Brasilianer:innen (10% der Bevölkerung) haben sich mit dem Virus infiziert. Anfang März 2022 waren es 650.000 Menschen, denen die darauffolgende Krankheit das Leben gekostet hat – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mehr als das Zweifache der Todesfälle in Deutschland.<sup>1</sup> Minderheiten und in Armut lebende Menschen traf es besonders hart. Dabei war aus epidemiologischer Sicht im März 2020 nicht davon auszugehen, dass der Verlauf der Pandemie schärfer sein würde als in vergleichbaren Länderkontexten. So wurde in Brasilien seit den 1940er Jahren ein robustes öffentliches Gesundheitssystem (*Sistema Único de Saúde*, SUS) aufgebaut, das insbesondere in der Seuchenbekämpfung immer wieder internationale Standards übertraf; und auch die medizinische Forschungs- und Produktionsinfrastruktur operierte trotz erheblicher Kürzungen auf hohem Niveau. So ergaben einem Untersuchungsausschuss des brasilianischen Parlaments vorgetragene Daten, dass zwei Drittel der Todesfälle hätten vermieden werden können, wären die von der Weltgesundheitsorganisation vorgeschlagenen Eindämmungsmaßnahmen konsequent und zeitig ergriffen worden.<sup>2</sup> Wie erklärt sich dann der verheerende Verlauf der Pandemie in Lateinamerikas größtem Land?

Ohne Bezug auf die Grundspaltungen in der brasilianischen Gesellschaft und ihre historische und aktuelle politische Verkörperung sind die Ausmaße und Mechanismen der Corona-Krise nicht in der Tiefe zu ergründen. In diesem Beitrag legen wir diese Grundspaltungen unter Einbezug des Gewaltdreiecks von Johan Galtung dar. Ziel ist jedoch mehr eine elementare Strukturierung der brasilianischen Verhältnisse als eine eingehende Auseinandersetzung mit der Galtungschen gewaltsoziologischen Theorie. Da u. a. die Amtsführung von Präsident Jair Bolsonaro entscheidenden Einfluss auf den Verlauf der Pandemie in Brasilien hatte, widmet sich der Beitrag auch den Auswirkungen des aufsteigenden Rechtspopulismus auf die Mobilisationsdynamik der Grundspaltungen innerhalb des politischen Rechts-Links-Spektrums.

Der erste substantielle Teil des Beitrags präsentiert relevante Aspekte des Gewaltdreiecks nach Galtung. Das Zusammenspiel der direkten, strukturellen und kulturellen Gewalt ist insbesondere in Brasilien für das Erfassen von Entstehen, Sedimentierung und Auswirkungen der gesellschaftlichen Spaltungen unerlässlich. Im zweiten Teil werden einige der prägenden Grundspaltungen des Landes anhand empirischer Daten aufgezeigt. In einem dritten Teil wird dann erläutert, wie das politische System diese Spaltungen insbesondere seit der Redemokratisierung nach der Militärdiktatur 1964–1985 zu verarbeiten versucht hat und wie es schließlich zum Aufstieg eines systemoppositionellen Rechtspopulismus kommen konnte. Schließlich wird die Covid-19 Pandemie in den Fokus genommen und wie sie sich einerseits als externer Schock über die bestehenden Spaltungen gelegt hat, andererseits aber zugleich in eine spannungsgeladene Wechselwirkung mit der politischen Programmatik der Bolsonaro-Regierung getreten ist, welche dramatische Konsequenzen nach sich zog. Zuletzt wird kurz auf den politisch-gesellschaftlichen Nahhorizont geblickt, auf Bolsonaro

---

1 Johns Hopkins University & Medicine 2021.

2 Machado 2021.

nach der Covid-19 Pandemie (bzw. nach einer ersten Phase der Pandemie) und auf die trotz allem weiterhin bestehenden Resilienzpotentiale der brasilianischen Gesellschaft.

## 2. Konzeptionelle Horizonte Gesellschaftlicher Spaltung

Die aus Ungleichheit und Autoritarismus entstandenen Spaltungen waren seit der Kolonialzeit prägende Elemente der brasilianischen Gesellschaft. Die bis heute unvollendete Durchsetzung der Demokratie gegen die Vorherrschaft von Eliten und Militär, begleitet von fortlaufenden extraktivistischen Wirtschaftspraktiken, haben die gesellschaftlichen Risse im Land noch vertieft und eng mit einem erheblichen Gewaltpotential verflochten. Zwei Hauptachsen gestalten die Spaltungen im Vorfeld der Covid-19 Pandemie in Brasilien. Die erste basiert auf Identitätsmerkmalen, die am stärksten Afrobrasilianer:innen, die indigenen Bevölkerungsteile, und die LGBTQIA+ Gemeinschaft betreffen. Als zweiter Faktor kommen religiöse Differenzen hinzu. Diese haben besonders in der Politik zuletzt zunehmende Bedeutung erlangt. Die als transversaler Faktor relevanten Unterschiede entlang des sozio-ökonomischen Spektrums (d. h. zwischen reich und arm) sind zugleich ein eigenständiges Spaltungselement und eine Spiegelung der bereits vorhandenen Stratifizierung.

Das Ziel dieses Beitrages ist es, die Dynamik der Spaltungen in der brasilianischen Gesellschaft am Beispiel der Auswirkungen der Pandemie anhand von empirischen Erscheinungsmerkmalen zu interpretieren. Da liegt es nahe, den Begriff der strukturellen Gewalt nach Johan Galtung zur Hand zu nehmen. Sinn der Anwendung dieses Begriffs ist in diesem Fall nicht eine umfassende Auseinandersetzung mit Erkenntnissen und weltanschaulichen Verknüpfungen der aktualisierten gewaltsoziologischen Theorie<sup>3</sup>, sondern die begrenzte Erläuterung des Zusammenhangs zwischen Ausgrenzung und Gewalt, der den aktuellen Verhältnissen in Brasilien zugrunde liegt. Dies erlaubt auch einen analytischen Blick auf die Auswirkungen von Maßnahmen des Staates, grundlegende Disparitäten entlang der genannten Spaltungen zu verringern.

In den vier Jahrzehnten seit seiner Entstehung hat Galtungs Begriff der strukturellen Gewalt<sup>4</sup> die wissenschaftliche Wahrnehmung der Verflechtung von Gewalt und Ungleichheit prägend beeinflusst. Trotz oder gerade wegen der wiederholten Infragestellung seiner Relevanz<sup>5</sup> und der darauffolgenden Anpassungsfähigkeit<sup>6</sup> besitzt der Begriff noch heute wesentliches Erklärungspotential. Auch seine besondere Aussagekraft im lateinamerikanischen Kontext wurde wiederholt hervorgehoben.<sup>7</sup> In Galtungs ursprünglicher Fassung wird der Gewaltbegriff von seiner sichtbaren, physikalischen Form auf die Auswirkungen der in allen Gesellschaften präsenten Ungleichheiten erweitert: „Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potenzielle Verwirklichung [...]. Gewalt ist das, was den Abstand zwischen dem Potenziellen und dem Aktuellen vergrößert oder die Verringerung dieses Abstandes erschwert.“<sup>8</sup>

---

3 Braun 2021.

4 Galtung 1969; 1971.

5 Riekenberg 2008; Braun 2021.

6 Imbusch 2017.

7 Imbusch/Misse/Carrion 2011.

8 Galtung 1975, S. 9.

Existiert ein:e unmittelbar für die Gewalt verantwortliche:r Akteur:in, ist die Rede von direkter Gewalt. Ergibt sich die Nichtverwirklichung besagten Potentials stattdessen indirekt aus den festen Machtstrukturen innerhalb eines gesellschaftlichen Gefüges, handelt es sich um strukturelle Gewalt.<sup>9</sup> Grundlegend ist dabei für Galtung sowohl die potentielle Vermeidung dieser in das System eingebauten Beeinträchtigung menschlicher Bedürfnisse als auch ihr Ursprung aus ungleichen Machtverhältnissen.<sup>10</sup> So ist die strukturelle Gewalt deutlich in den Auswirkungen gesellschaftlicher Spaltungen und Ungleichheiten zu erkennen, so wie sie in Brasilien zu finden sind.

1990 erweiterte Galtung seinen Gewaltbegriff durch die Einführung des Konzepts der kulturellen Gewalt zu einem Dreieck. In dieser Konzeption besteht die kulturelle Gewalt aus „jede[m] Aspekt einer Kultur [...], mit dem Gewalt in ihrer direkten oder strukturellen Form legitimiert werden kann. Symbolische Gewalt, die in eine Kultur eingebaut ist, tötet oder verstümmelt nicht wie direkte Gewalt oder die in die Struktur eingebaute Gewalt. Sie wird jedoch verwendet, um eines oder beides zu legitimieren.“<sup>11</sup> Im übertragenen Sinne besteht die kulturelle Gewalt daher aus denjenigen Gewalt- und Diskriminierungsformen, auf deren Akzeptanz hin Mitglieder einer Gesellschaft sozialisiert worden sind und die diese nur begrenzt wahrnehmen. Diese Gewaltform kanalisiert strukturelle und direkte Gewalt gemäß Identitätsmustern wie Ideologien, Religionen und kulturellen Werten und fungiert Aufgrund ihrer Permanenz zugleich als Grundbedingung für das Fortbestehen gesellschaftlicher Ausgrenzungsmuster.

Für Galtung war die temporale Unterscheidung der Dreiecksbeine maßgebend für das Verhältnis ihrer Wirkungstypen: „die direkte Gewalt ist ein Ereignis; strukturelle Gewalt ist ein Prozess mit Höhen und Tiefen; kulturelle Gewalt ist eine Invariante, eine „Permanence“.<sup>12</sup> Es gilt in der folgenden Darstellung der Spaltungen in der brasilianischen Gesellschaft, diese drei Wirkungsebenen der Verknüpfung zwischen Ungleichheit, Ausgrenzung und Gewaltpotential aufzuzeigen. Grundspaltungen erscheinen demnach als Faktoren der kulturellen Gewalt, deren Indikatoren wiederum in der strukturellen und direkten Gewalt zu finden sind. Zu diesen gehören außer Statistiken zur direkten Erscheinungsform auch strukturelle, vermeidbare, kulturell bedingte Ungleichheiten beim Zugang zu Nahrung und ärztlicher Behandlung, sowie Unterschiede z. B. bei der Einkommensverteilung.

Für die Untersuchung der aktuellen brasilianischen Verhältnisse kann der Begriff der strukturellen Gewalt als Ausgangspunkt einer traditionellen politikwissenschaftlichen Untersuchung der Spaltungen (im Sinne von *cleavages*) eingesetzt werden. Der strukturelle Fokus überschneidet sich mit dem ersten Schritt des von Bartolini und Mair erarbeiteten Entstehungsprozesses einer politischen Spaltung.<sup>13</sup> Diesem liegt am Anfang ein gesellschaftlich-strukturelles Element wie Klasse, Religion oder Status zugrunde. Strukturelle Gegebenheiten selbst sind jedoch nicht ausreichend<sup>14</sup>; ohne Akteur:innen und ihr gezieltes Handeln ist das Umsetzen in eine politisch relevante Spaltung nicht möglich<sup>15</sup>. Im zweiten Schritt ent-

---

9 Galtung 1969, S. 170.

10 Galtung 1975, S. 12; Riekenberg 2008, S. 173.

11 Galtung 1990, S. 291.

12 Galtung 1990, S. 294.

13 Bartolini/Mair 1990, S. 213–220. Siehe auch Bornschiefer 2010, S. 55.

14 Enyedi 2005.

15 Tarrow 1992, S. 176–177.

steht so, auch durch das Wirken von Akteur:innen, eine *cleavage*, eine auf diesen Elementen basierende Spaltung in kollektive Identitäten. Letztlich manifestiert sich diese dann in kollektiver Form durch das mobilisierende Handeln spezifischer Akteur:innen und die Gründung dauerhafter Organisationen.

### 3. Strukturelle Grundspaltungen der brasilianischen Gesellschaft

Genau diese Mobilisierung der bestehenden Risse in der brasilianischen Gesellschaft zu politisch aktionsfähigen Spaltungen ist der herausragende Faktor sowohl bei den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie als auch bei der Vorgehensweise der Regierung Bolsonaro. Hier sind identitätsbezogene Unterschiede von besonderem Interesse, wie z. B. Hautfarbe, sexuelle Orientierung und Zugehörigkeit zum indigenen Bevölkerungsteil. Des Weiteren werden hier religiöse Faktoren und deren wachsende explizite politische Wahrnehmung und die zunehmend von populistischen Vorgehensweisen unter Druck gesetzte traditionelle politische Rechts-Links-Spaltung in Betracht gezogen. Alle drei Elemente spiegeln auch die Spaltung nach sozioökonomischen Faktoren wider. Während das Galtungssche Modell identitätsbezogene Faktoren auf der Ebene der kulturellen Gewalt einordnet, sind die letzten beiden Faktoren sowohl als alleinstehende wie auch als transversale Faktoren im Sinne dieser Einteilung zu verstehen.

Die identitätsbasierten Spaltungen in der brasilianischen Gesellschaft können anhand von drei Beispielen illustriert werden. Afrobrasilianer:innen, die indigene Bevölkerung und die LGBTQIA+ Gemeinschaft sind die Hauptopfer der strukturellen – und im Falle der Afrobrasilianer:innen – auch der direkten Gewalt im Lande. Diese liegt, die Beweglichkeit zwischen den Galtungsschen Gewalttypen geradezu beweisend, seit Jahrzehnten auf verheerendem Niveau. Das Land beklagte zwischen 1980 und 2010 knapp 1,1 Millionen Tote durch Gewalteinwirkung<sup>16</sup>; zwischen 2009 und 2019 waren es 623.439 Morde und 121.457 gewalttätige Todesfälle mit ungeklärter Ursache (oft ein Indiz für eine Beteiligung der Polizei oder anderen Staatsorganen).<sup>17</sup> 2017 gab es 65.602 Todesopfer durch Gewalt, 2018 waren es 57.956. Dies entspricht einer Mortalität durch Gewalt von 31,6 bzw. 27,8 pro 100.000 in der Bevölkerung<sup>18</sup>, womit Brasilien sich unter den zehn Ländern ohne bewaffneten Konflikt mit der höchsten Todesrate durch Gewalt befindet.<sup>19</sup>

Die Konzentration der Gewalt entlang von identitätsbasierten Spaltungen ist v. a. mit Blick auf die afrobrasilianische und indigene Bevölkerung vom Kolonialismus, vom Militarismus und vom Entstehungsprozess des brasilianischen Staates nicht zu trennen. Dieser basierte auf gewaltsam erzwungener gesellschaftlicher, religiöser und territorialer Integration der indigenen Bevölkerung, während das wirtschaftliche Gedeihen der portugiesischen Kolonie ohne den transatlantischen Sklavenhandel undenkbar gewesen wäre. Die strukturelle und kulturelle Gewalt gegen Afrobrasilianer:innen und Indigene ist das noch heute zu

---

16 Waiselfisz 2012, S. 18.

17 IPEA/FBSP/IJSN 2021, zusammengefasst in <https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2021/08/atlas-violencia-2021-infografico-v4.pdf>.

18 IPEA/FBSP 2020, zusammengefasst in <https://www.ipea.gov.br/atlasviolencia/download/25/infografico-atlas-da-violencia-2020>; IPEA/FBSP 2019, zusammengefasst in <https://www.ipea.gov.br/atlasviolencia/download/18/infografico-atlas-2019>.

19 Mc Evoy/Hideg 2017, S. 25.

spürende Erbe dieser Praktiken<sup>20</sup>. Brasilien hat als eines der letzten Länder erst 1888 die Sklaverei abgeschafft, jedoch gelang es auch nach der Unabhängigkeit nicht, das demokratische Gleichheitsprinzip gegenüber den etablierten Eliten des Landes, aber auch gegenüber den europäischen Einwanderer:innen des 19. Jahrhunderts, durchzusetzen.

Afrobrasilianer:innen machen über drei Viertel der Mordopfer in Brasilien aus<sup>21</sup>; gegenüber Brasilianer:innen mit nicht afrobrasilianischem oder indigenem Hintergrund besitzen sie eine 2,6-fache Wahrscheinlichkeit, gewaltsam zu Tode zu kommen.<sup>22</sup> Bei den über 6.400 jährlichen Todesfällen durch Polizeieinwirkung steigt diese Proportion weiter an.<sup>23</sup> Die Todesrate für junge afrobrasilianische Männer in Brasilien lag 2017 bei 98,5/100.000 – ein Wert, der bewaffnete Konflikte weit übertrifft.<sup>24</sup>

Die Kluft zwischen Afrobrasilianer:innen und ihren nicht afrobrasilianischen oder indigenen Landsleuten zieht sich gleichermaßen durch die Indikatoren struktureller Gewalt. Besonders aussagekräftig ist hier die Einkommensverteilung: Das Durchschnittseinkommen von Afrobrasilianer:innen liegt 74% unter dem anderer Bevölkerungsgruppen.<sup>25</sup> 32,9% der afrobrasilianischen Bevölkerung hat weniger als 5,50 US-Dollar pro Tag zur Verfügung; bei der nicht afrobrasilianischen oder indigenen Bevölkerung sind es 15,4%.<sup>26</sup> Der Analphabetismus liegt unter Afrobrasilianer:innen bei 9,1%; bei der nicht afrobrasilianischen oder indigenen Bevölkerung liegt er bei 3,9%.<sup>27</sup> 43,8% der Afrobrasilianer:innen leben in Wohnungen ohne Abwasserversorgung, 17,9% ohne Anschluss an ein Trinkwassernetz. Bei der nicht afrobrasilianischen oder indigenen Bevölkerung liegen diese Werte bei 26,5 bzw. 11,9%.<sup>28</sup> Dieser Missstand beeinflusst direkt Faktoren wie den Zugang zu Bildung und, im Kontext der Covid-19 Pandemie, zu medizinischer Versorgung und häuslicher Hygiene. Im Falle der afrobrasilianischen Bevölkerung wird die Verbindung der drei Gewalttypen noch durch die Kriminalisierung der Armut – vor allem im Rahmen der öffentlichen Sicherheitspolitik – verstärkt.

Die indigene Bevölkerung von weniger als 900.000 Menschen<sup>29</sup> sieht sich ebenso einer erhöhten strukturellen Gewalt ausgesetzt. Ihre Mortalitätsrate durch Gewalt liegt bei 18,3/100.000. Zwischen 2009 und 2019 fielen 2.074 Indigene einem Mord zum Opfer, größtenteils im Kontext des illegalen Gold- und Diamantenabbaus (*garimpo*) sowie der unregulierten Abholzung; hier stieg die Mordrate in dieser Zeit um 21,6%.<sup>30</sup> Indikatoren struktureller Gewalt sind im Falle der brasilianischen Ureinwohner stark erhöht, so z. B. beim Zugang

20 Schwarcz/Reis 1996; Schwarcz/ Starling 2018; in Bezug auf das Galtungsche Modell siehe Batista/Mastrodi 2018.

21 FBSP 2021, S. 14.; auch zusammengefasst in <https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2021/08/atlas-violencia-2021-infografico-v4.pdf>.

22 FBSP 2021, zusammengefasst in <https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2021/08/atlas-violencia-2021-infografico-v4.pdf>.

23 FBSP 2021, S. 14.

24 IBGE 2018, zusammengefasst in <https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/livros/liv101681informativo.pdf>, S. 10.

25 IBGE 2018, zusammengefasst in <https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/livros/liv101681informativo.pdf>, S. 3.

26 IBGE 2018, zusammengefasst in <https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/livros/liv101681informativo.pdf>, S. 5.

27 IBGE 2018, zusammengefasst in <https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/livros/liv101681informativo.pdf>, S. 7.

28 IBGE 2018, zusammengefasst in <https://biblioteca.ibge.gov.br/visualizacao/livros/liv101681informativo.pdf>, S. 5.

29 Zusammenfassung der Volkszählung 2010 in <https://educa.ibge.gov.br/jovens/conheca-o-brasil/populacao/20506-indigenas.html>.

30 IPEA/FBSP/IJSN 2021, zusammengefasst in <https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2021/08/atlas-violencia-2021-infografico-v4.pdf>.

zum Bildungs- und Gesundheitswesen oder der Säuglingssterblichkeit.<sup>31</sup> Die strukturelle Gewalt gegen die indigene Bevölkerung Brasiliens ist seit der Zeit der forcierten Assimilierung dieser Völker eng mit der Frage ihrer kulturellen Bindung an das Land verbunden. So steht die juristische Absicherung der territorialen Ansprüche der Ureinwohner zunehmend unter Druck. Im September 2021 begann z.B. ein Verfahren am Obersten Gerichtshof, mit dem die Bundesregierung versucht, indigene Reservate auf bereits bei Einführung der neuen Verfassung (1988) anerkannte Ländereien zu begrenzen. Die allermeisten indigenen Gruppen können dieses Kriterium jedoch nicht erfüllen und würden so ihr Territorium (größtenteils an Großgrundbesitzer:innen) verlieren. Während das Verfahren läuft, ist das Gros der territorialen Schutzmaßnahmen für Indigene aufgehoben.

Hinsichtlich der LGBTQIA+ Gemeinschaft hat Brasilien im internationalen Vergleich eine der höchsten Gewalt- und Tötungsraten. So kommt pro Tag etwa ein Mitglied dieser Bevölkerungsgruppe gewaltsam zu Tode<sup>32</sup>, bei einer geschätzten betroffenen Bevölkerung von etwa 33 Millionen.<sup>33</sup> Die Tendenz ist steigend: im Jahre 2000 wurden 130 jährliche Tötungen an LGBTQIA+ Personen ermittelt; 2010 waren es bereits 260, und 2016–2018 im Schnitt 398.<sup>34</sup> Die eine Million Transsexuelle trifft die direkte Gewalt besonders hart. Hier ist der internationale Vergleich wieder bezeichnend: Während 2018 in den USA 28 Transsexuelle gewaltsam zu Tode kamen, waren es in Brasilien, bei zwei Dritteln der US-Gesamtbevölkerung, 118 transsexuelle Menschen.<sup>35</sup>

Auch nichttödliche gewaltsame Übergriffe zeigen eine deutlich steigende Tendenz. Eine statistische Bestandsaufnahme auf der Basis von Anzeigen bei einem telefonischen Dienst des Menschenrechtsministeriums ergab 2016 561 gewaltsame Attacken mit LGBTQIA+ Opfern; 2017 waren es 864, und 2018 667.<sup>36</sup> Diese Quelle erfasst auch die prekäre Informationslage im Lande in Bezug auf LGBTQIA+ Personen, so wird ein überproportional hoher Anteil der gewaltsamen Übergriffe vertuscht und verschwiegen. Schon unter der Regierung Dilma Rousseffs wurden vom LGBTQIA+ Beauftragten des Menschenrechtsministeriums in Auftrag gegebene jährliche Berichte zur direkten Gewalt aufgrund der aufsehenerregenden Zahlen entweder nicht publiziert oder gar nicht erst erstellt.<sup>37</sup>

Hinsichtlich der religiösen Spaltlinien ist der seit der Redemokratisierung steigende Einfluss vor allem der evangelikalen Kirchen in Brasilien vom kulturellen „Backlash“ weiter verstärkt worden. 2010 gehörten 22,2% der Bevölkerung – 42 Millionen Brasilianer:innen – diesen Glaubensgemeinschaften an; 2017 waren es 32%.<sup>38</sup> Die sozial konservative Werteneigung dieser Kirchen überschneidet sich stark mit dem Widerstand Bolsonaros<sup>39</sup> gegen die Geschlechtergleichheit und die gesellschaftliche Integration nicht-traditioneller Identitä-

---

31 Conselho Indigenista Missionário (2018), S. 102–121.

32 Oliveira/Mott 2020, S. 14.

33 Oliveira/Mott 2020, S. 15–16.

34 Oliveira/Mott 2020, S. 13–14.

35 Oliveira/Mott 2020, S. 14. Als Kompliment zu diesen Datensätzen siehe auch Observatório de Mortes Violentas de LGBTI+ no Brasil 2021.

36 Preite Sobrinho 2019.

37 Preite Sobrinho 2019.

38 IBGE 2011; siehe Zilla 2020, S. 17.

39 Unter Evangelikalen ist die Unterstützung für Bolsonaro zehn Prozentpunkte stärker als in vergleichbaren Gruppen. Siehe Layton et al. 2021, S. 5.

ten, insbesondere der LGBTQIA+ Gemeinschaft. Die erhebliche politische Mobilisierung<sup>40</sup> durch die evangelikalen Kirchen ist eine der treibenden Kräfte hinter den tektonischen Veränderungen der brasilianischen Gesellschaft in den letzten Jahren.<sup>41</sup>

Diese fundamentalchristlichen Gemeinschaften zeichnen sich durch zwei politisch relevante Elemente aus. Erstens suchen sie direkt und offen die Wahrnehmung politischer Interessen im Sinne ihrer Werteagenda. Zweitens tendieren ihre Mitglieder mehr als Anhänger anderer religiöser Gruppen dazu, den Vorgaben der Kirche politisch Folge zu leisten.<sup>42</sup> So gehören derzeit 105 der 513 Abgeordneten des Kongresses und 15 der 81 Senator:innen der sogenannten „*bancada evangélica*“ (evangelikale Parlamentsgruppe) an.<sup>43</sup> Bolsonaro vergab zwei Ministerposten zu evangelikalen Schlüsselthemen (Bildung und Menschenrechte bzw. Frauen) an evangelikale Pastor:innen, deren Amtsausübung klar von ihren religiösen Wertvorstellungen bestimmt wird. Zu diesen zählt die offene Anfeindung sowohl der LGBTQIA+ Gemeinschaft als auch der Anhänger:innen afrobrasilianischer Religionen wie des *Candomblé*.

Eine Sonderstellung unter den neuen religiösen Gemeinschaften hat dabei die neocharismatische Pfingstgemeinde *Igreja Universal do Reino de Deus* (IURD, in Deutschland bekannt als Universalkirche des [König]reichs Gottes). Die wie ein Wirtschaftsunternehmen aufgebaute IURD, deren Weltanschauung auf Wohlstandstheologie basiert<sup>44</sup>, verfügt über ein breitenwirksames Medienimperium, über das sie offen politische Einflussnahme betreibt und Angehörigen relevante Anweisungen erteilt. Das organisierte Vorgehen der IURD und der weiteren Megakirchen Brasiliens – deren Reichweite die des Staates in weiten Teilen des Landes weit übertrifft – ist ein nicht zu unterschätzender Verstärkungsfaktor sowohl der Werteverstärkung nach rechts als auch der populistischen Polarisierung der brasilianischen Gesellschaft.

#### 4. „Entspaltungspolitik“ seit der Redemokratisierung<sup>45</sup>

Die Ausgangslage ist also die eines tief zerrissenen Landes, dessen Gesellschaft von allen drei der Galtungsschen Gewaltformen permanent durchzogen ist und dessen politisches System sich stets vor dem Hintergrund der aus diesen Grundspaltungen resultierenden *cleavages* konstituiert hat.<sup>46</sup> Die Grundfrage der sozialwissenschaftlichen (Selbst)Reflektion in Brasilien war daher immer, warum sich trotz dieser explosiven Konstellation einer, wie oben ausgeführt, überwiegend kulturell kodierten sozialen Ungleichheit, relativ stabile Gesellschaftsstrukturen und ein politisches System herausbilden konnten, die den oftmals vorausgesagten revolutionären Umbrüchen offenbar entgegen gewirkt haben.<sup>47</sup> So ist zwar in

40 Polimédio 2019.

41 Layton et al. 2021, S. 5.

42 Zilla 2020, S. 22.

43 Congresso em Foco 2020.

44 Garrard-Burnett 2012.

45 Der Kunstbegriff „Entspaltung“ soll hier und im Folgenden andeuten, dass die gesellschaftliche Spaltung in Brasilien so tiefgreifend strukturell ist, dass die reformpolitischen Projekte der Redemokratisierungsperiode sich nurmehr den graduellen Spaltungsabbau (also die „Entspaltung“ der Gesellschaft) zum Ziel setzen konnten; der z. B. in Deutschland üblichere Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder die Zusammenführung der Gesellschaft wirkt im brasilianischen Zusammenhang zu euphemistisch.

46 Bartolini/Mair 1990.

47 Pilatti 2013; Meade 2010; Keen/Heynes 2009.

der brasilianischen Geschichte der Revolutionsbegriff auffallend oft bemüht worden, um den vergleichsweise häufigen politischen Umstürzbewegungen unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung eine Aura des grundlegend Neuen zu geben, keine hat es aber tatsächlich geschafft, die hintergründigen Kontinuitäten der brasilianischen Gesellschaft zu durchbrechen.

Tatsächlich liegt der umgekehrte wenn auch kontraintuitive Schluss nahe, dass gerade die vielschichtige Verinnerlichung sozialer Spaltung jene Grundkomponente der brasilianischen Gesellschaft darstellt, die tiefgreifende politische Veränderungen bislang erschwert hat.<sup>48</sup> Dabei schließt diese Verinnerlichung auch ein hohes Maß an Gewalttoleranz ein, und zwar sowohl hinsichtlich struktureller und kultureller Gewalt, wie auch deren allgegenwärtiger Konkretisierung in direkter Gewalt. Diese gesellschaftliche Grundkonstellation wiederum spiegelt sich im politischen Diskurs wieder, der stets von dem Spannungsverhältnis zwischen der Vision eines geeinten Brasiliens und der Notwendigkeit, das aus der gesellschaftlichen Spaltung resultierende Gewaltpotential einzuhegen, geprägt war. Ersterer Aspekt ist dabei stark mit der Begrifflichkeit der Modernisierung verbunden, die in Brasilien auch immer als zentralistischer Reformismus verstanden wurde, der seinerseits durch einen oftmals populistischen und bisweilen autokratischen Präsidialismus gekennzeichnet gewesen ist.<sup>49</sup> Dagegen stand aber stets einerseits das faktische Primat des Interessenausgleichs mit und unter verschiedenen Regionaleliten und andererseits die damit zusammenhängende politische und wirtschaftliche Marginalisierung weiter Teile der Bevölkerung. Diese systematische Ausgrenzungspolitik ist aber, wie bereits angeführt, überwiegend über sozio-kulturelle Kategorien kodiert bzw. legitimiert worden.<sup>50</sup> Gesellschaftliche Spaltung war also in doppelter Hinsicht stets ein Grundprinzip brasilianischer Politik: Ihre Überwindung war immer ein zentraler Topos des politischen Diskurses, ihre Realität bildete aber zugleich auch immer den kaum überwindbaren Bezugsrahmen politischer Gestaltungsmöglichkeit.

Auch die Redemokratisierungsphase, die ab 1985 auf 21 Jahre Militärdiktatur folgte, ist von diesem Spannungsverhältnis geprägt. Die Diktatur (1964–1985) selbst, die sich weniger durch ihren Regimetypus, den es in der brasilianischen Geschichte immer wieder gegeben hatte, als durch ihre lange Dauer auszeichnete, stellt in der brasilianischen Rezeption ein widersprüchliches Projekt dar. Einerseits wird in ihr der Versuch gesehen, den populistischen Reformismus der vorangehenden Ära unter Präsident Getúlio Vargas (1930–1945/1951–1954) zu revidieren, andererseits propagierte sie ihrerseits eine Form der autokratischen Modernisierung (im obengenannten Sinne), die auf den von Vargas geschaffenen zentralstaatlichen Strukturen aufbaute.<sup>51</sup> Während die Militärregierungen jedoch faktisch ebenfalls nicht über den Rahmen des etablierten korporatistischen Interessenausgleichs hinaus kamen, versuchten sie zugleich (und wie viele der lateinamerikanischen Diktaturen des Kalten Krieges) die gesellschaftliche Spaltung mit Rückgriff auf einen virulenten Antikommunismus neu zu kodieren. So wurden als „kommunistisch“ all jene politischen Strömungen denunziert (und verfolgt), die die gesellschaftliche Spaltung problematisierten, während die Verinnerlichung des *Status quo*, d. h. die Naturalisierung der sozialen Ungleichheit und die Marginalisierung

---

48 Souza 2007; Prado Júnior 2012.

49 Avritzer/Domingues 2000.

50 Souza 2017.

51 Bonavides 1989.

spezifischer sozialer Gruppen, zur kulturellen Norm der *Brasilidade* und zum staatstragenden Ordnungsprinzip stilisiert wurde.<sup>52</sup>

Freilich hatte sich diese Norm, wie bereits beschrieben, als ein Aspekt der gesellschaftlichen Spaltungsverarbeitung schon seit der Kolonialperiode herausgebildet, sie wurde aber während der Diktatur rationalisiert und politisch mit weitreichenden Folgen instrumentalisiert. Gleichwohl konnte auch der militärische Repressionsapparat die sozialen Folgen, der trotz anfänglicher Wachstumserfolge weitgehend ungemilderten Spaltungen, langfristig nicht politisch neutralisieren. Ein gradueller Legitimationsverlust und wachsende politische Opposition führten so ab 1979 schließlich zu einem friedlichen Redemokratisierungsprozess, der jedoch von vornherein stark von den Partikularinteressen des Militärs geprägt war. So erzwang dieses u. a. eine Generalamnestie, die, wie sich herausstellen sollte, im Selbstbild des Militärs und des ihnen nahestehenden Teils der Bevölkerung nicht nur Straffreiheit für begangene Menschenrechtsverletzungen (und Gewalt jeden Typs) bedeutete, sondern auch die Legitimation der Diktatur an sich und ihres Gesellschaftsbildes.<sup>53</sup>

Mit dieser Hypothek begann also die demokratische Erneuerung ganz im Sinne des oben genannten Spannungsverhältnisses, wobei als Gegenpol die neue Verfassung von 1988 fungierte, die das Resultat eines einjährigen Verfassungskonventes unter intensiver Beteiligung eines breiten zivilgesellschaftlichen Spektrums war. Mit ihrem weitreichenden Grundrechtskatalog und programmatischen Staatszielsetzungen wurde sie bewusst als Tonikum gegen die gesellschaftliche Spaltung konzipiert, als erneuter Versuch einer definitiven Erneuerung und Zusammenführung der Gesellschaft.<sup>54</sup> Demokratie und demokratischer Prozess wurden damit vor allem als Instrumente sozialer Inklusion und distributiver Gerechtigkeit interpretiert und die Erwartungen an das politische System entsprechend hoch gesteckt. Gleichwohl blieb auch dieses Verfassungsprojekt vom konstitutiven Spannungsverhältnis brasilianischer Politik geprägt, da es zwar die Utopie eines gesellschaftlich geeinten Brasiliens aufzeigte, zugleich aber doch wieder Produkt eben jenes breiten Interessenausgleichs war, der bisher das Durchbrechen der Spaltlinien verhindert hatte.

Das zeigte sich u. a. bereits darin, dass das auf die Verfassung folgende demokratische Regime zunächst mit einem Fehlstart begann, nämlich mit der Wahl zum Präsidenten eines typischen Vertreters eben jener Regionaleliten, die stets ein zentraler Faktor in der Aufrechterhaltung des *Status quo* gewesen waren.<sup>55</sup> Nachdem dieser allerdings nach nur zwei Jahren wegen eklatanter Korruption des Amtes enthoben wurde, begann nach einer kurzen Übergangsperiode die eigentliche konstitutionelle Reformphase 1994 mit der Wahl Fernando Henrique Cardosos. Sie sollte mit den darauffolgenden Präsidentschaften Luiz Inácio „Lula“ da Silvas und Dilma Rousseffs bis 2016, also in etwa ebenso lange wie die vorangehende Militärdiktatur, werden. Dabei kann Cardoso achtjährige Mitte-Rechts-Koalition als Wegbereiter der eigentlichen sozialdemokratischen Reformphase unter Lula und Dilma

---

52 Souza 2007; *Brasilidade*, wörtlich „Brasilianischsein“ (eher als „Brasilianer:innentum“) ist ein insb. in der brasilianischen Kulturosoziologie häufig anzutreffender Begriff, der die freilich immer umstrittenen Grundelemente brasilianischer (Kultur)Identität beinhalten und bezeichnen soll; siehe z. B. Lesser 2015.

53 Fico 2017, S. 5; Abreu 2021.

54 Bonavides 1989.

55 Es handelt sich um Fernando Collor de Mello, der 1989 die ersten Präsidentschaftswahlen unter der neuen Verfassung im zweiten Wahlgang gegen den späteren Amtsinhaber Luiz Inácio „Lula“ da Silva knapp für sich entscheiden konnte.

gesehen werden.<sup>56</sup> Beiden Perioden ist gemein, dass sie sich in ihrem Selbstverständnis als Gegenentwurf sowohl zur Diktatur wie auch zum als rückständig gebrandmarkten gesellschaftlichen *Status quo* sahen, beide aber auf die politische Unterstützung von zumindest Teilen dieses *Status quo* angewiesen blieben. Das lag augenscheinlich am Festhalten, auch in der neuen Verfassung, am Koalitionspräsidentialismus, der einen direkt gewählten Präsidenten einer Mehrparteienlegislative entgegenstellt, es hatte aber seine tieferen Wurzeln in der von den beschriebenen Spaltungen geprägten politischen Kultur.<sup>57</sup>

So zeichnete sich die Präsidentschaft Cardosos (1994–2002) vor allem durch den Versuch wirtschaftlicher und institutioneller Modernisierung unter demokratischen Prämissen aus, wobei diese vor allem die Form neoliberaler Wirtschaftsreformen annahm und u. a. eine Währungsstabilisierung, weitreichende Privatisierungspolitik und die Rationalisierung des öffentlichen Sektors beinhalteten. Allerdings wurden dadurch die gesellschaftlichen Spaltungen zunächst eher noch verschärft als geschlossen.<sup>58</sup> Im Rückblick wird diese relativ einseitige Reformpolitik der ersten Redemokratisierungsphase u. a. auf die Zusammensetzung der damaligen Regierungskoalition zurückgeführt, die mehrheitlich aus Vertreter:innen jener (regionalen und sektoralen) Eliten bestand, die an weitergehenden sozialpolitischen Reformen wenig Interesse hatten. So erscheint die Fokussierung auf neoliberale Staatsreform als strategische Option der Elitenkooptation, da sich z. B. aus dem Privatisierungsprogramm neue Möglichkeiten ergaben, bereits vorhandene wirtschaftliche und politische Machtpositionen nicht nur in die Demokratie hinüber zu retten, sondern in ihr sogar noch auszubauen. Im Hintergrund muss allerdings, wie stets in Brasilien und ganz Lateinamerika, der globalpolitische bzw. außenwirtschaftliche Kontext mit betrachtet werden, der stets eine kaum zu umgehende Externalität brasilianischer Politik darstellte.<sup>59</sup> Gleichwohl wurden auch während dieser Phase wichtige gesellschaftspolitische Weichen gestellt, wie z. B. die Schaffung eines eigenständigen Menschenrechtsministeriums.

So hat die Cardoso-Ära paradoxerweise die institutionellen Bedingungen für einen friedlichen Regierungswechsel und für die Akzeptanz realer Reformpolitik geschaffen, durch ihren neoliberalen Kurs aber zugleich eine neue politische Spaltung erzeugt, die dann tatsächlich die erstmalige Wahl eines sozialdemokratischen und einer außerhalb der traditionellen Eliten verankerten politischen Bewegung entstammenden Präsidenten ermöglichte.<sup>60</sup> Die nun folgende Periode, die die Mandate Lulas (2002–2010) und Dilma Rousseffs (2011–2016) umfasst und in der sozialwissenschaftlichen Literatur häufig als Periode des sog. *Lulismo* beschrieben wird, zeichnet sich vorrangig dadurch aus, dass die sukzessiven Regierungen die reformgetriebene Linderung gesellschaftlicher Spaltung, Disparitäten und damit auch Gewalt (im Galtung'schen Sinne) als ihr zentrales Legitimationselement gesehen haben.<sup>61</sup> Dabei hat der in seiner Grundanlage gewerkschaftlich operierende *Lulismo* „Entspaltung“ stets in doppelter Hinsicht interpretiert, als (moderat) redistributive Sozialpolitik, die auf eine Verringerung extremer Armut und die Verbreiterung der Mittelschicht abzielte, aber auch als ein Angebot an traditionelle Wirtschaftseliten, sich im Rahmen eines weiterge-

---

56 Ayres 2020.

57 Avritzer 2016.

58 Paes 2017.

59 Silva 2009.

60 Fontes 2015.

61 Singer 2012.

henden Wachstums- und Modernisierungsprogrammes an diesem gesellschaftlichen Umbau zu beteiligen bzw. von diesem zu profitieren.<sup>62</sup>

Aus Sicht insbesondere linker Dissidenz positionierte sich der *Lulismo* damit aber erneut innerhalb des traditionellen Spannungsverhältnisses zwischen „Entspaltungsvision“ und Interessensausgleich, wobei sein Ziel durchaus blieb, sich nicht wie die Vorgängerregierungen vom existierenden *Status quo* einschränken zu lassen, sondern letzteren über staatlich gesteuerte Entwicklungspolitik graduell zu transzendieren.<sup>63</sup> Dies führte zu einer eigenwilligen politischen Mischung, in der klassisch sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatlichkeit mit wirtschaftsliberalen Elementen wie dem Bekenntnis zum Freihandel, aber auch traditionalistischen wie der Forcierung des Exports von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Primärgütern verbunden wurde. Diese stets äußerst kontingente Konstruktion zeitigte allerdings mitunter aufgrund des globalen Rohstoffbooms der 2000er Jahre zunächst die erhofften Resultate und führte zeitweise zu nahezu zehnpromzentigen Wachstumsraten. Dadurch wurde wiederum eine erhebliche Ausweitung sozialpolitischer Maßnahmen finanziert, die in einer beeindruckenden Abnahme der sozialen Ungleichheit generell, aber auch der spezifischen Spaltungslinien niederschlug.<sup>64</sup> So gelang es der Lula-Regierung in ihrer achtjährigen Amtszeit die Einkommensarmut um rund 50% zu senken.<sup>65</sup> Der Zugang zu Schul- und Hochschulbildung wurde stark ausgebaut und das öffentliche Gesundheitssystem wesentlich verbessert. Auch schufen die Regierungen von Lula und Dilma Instrumente zum effektiveren Schutz der Rechte von Minderheiten und unterrepräsentierter Gruppen, und formalisierten Mechanismen für die Mitwirkung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen.

Allerdings musste und wollte auch der *Lulismo* auf der verfassungsrechtlichen Grundlage des Koalitionspräsidentialismus operieren und stand somit von Beginn an vor der Herausforderung, Regierungsfähigkeit in der Bundeslegislative bzw. auf der Länder- und Kommunalebene herstellen zu müssen, da sein zentraler Pfeiler um die Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores*, PT) zu keiner Zeit über eine parlamentarische Mehrheit verfügte.<sup>66</sup> Um eine Einengung durch die *Status quo* Parteien (das sog. *Centrão*) zu minimieren, wurde zunächst auf eine variable Koalition mit kleineren Interessenvertretungsparteien gesetzt, aus der aber ein Parteienfinanzierungsskandal erwuchs (der sog. *Mensalão*), der das erste Mandat Lulas überschattete. Während seines zweiten Mandats schwenkte Lula dann auf eine Großkoalition mit eben jenem *Centrão* um und garantierte so eine hinreichend stabile Regierungs- und Reformfähigkeit, allerdings zu dem Preis einer erneuten Kooptation traditioneller (und traditionalistischer) Eliten. Diese standen während der Hochwachstumsphase zunächst der lulistischen Reformpolitik kaum im Wege, allerdings regte sich Dissenz, als Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff trotz der Abkühlung des Rohstoffbooms und des von ihm ausgelösten Wachstumsschubes die sozialpolitischen Maßnahmen nunmehr schuldenfinanziert absichern wollte.<sup>67</sup>

---

62 Anderson 2019.

63 Sirohi 2019.

64 Singer/Loureiro 2016.

65 Neri 2011.

66 Singer/Loureiro 2016.

67 Singer 2018.

Aus der hart umkämpften Wahl des Jahres 2014 ging Dilma gerade noch als Siegerin hervor, allerdings mobilisierte die zunächst überwiegend aus dem wirtschaftsliberalen und rechtskonservativen Lager stammende Opposition in der Folge die zu dieser Zeit weltweit auftretenden Straßenproteste und kanalisiert diese auf ein Korruptionsnarrativ, das speziell die sozialdemokratische Reformpolitik delegitimieren sollte. Tatsächlich hatte letztere auf existierende korporatistische Strukturen zurückgegriffen und diese z. T. noch ausgeweitet. Eine besondere *cash cow* stellte dabei der staatliche Erdölkonzern *Petrobras* dar, der freilich seit jeher zur äußerst korruptionsanfälligen Querfinanzierung vielfältiger Projekte genutzt wurde. Als 2014 dann ein weitreichender Schmiergeldskandal aufgedeckt wurde, inszenierte ein Teil der Justiz in Anknüpfung an die italienische *Mani-Pulite*-Antikorruptionsoperation die *Operação Lava Jato* (Operation Autowäsche), die zu einer Verhaftungswelle überwiegend von Politiker:innen der damaligen Regierungskoalition und zu einem geringeren Grad auch von Unternehmensführer:innen führte.<sup>68</sup> Die Ermittlungsmethoden waren allerdings, wie sich zwischenzeitlich herausgestellt hatte, ihrerseits nahe an oder jenseits der Rechtswidrigkeit und die Gerichtsverfahren resultierten oft in drakonischen Strafmaßen.<sup>69</sup> Dabei zeichnete sich bald ab, dass das Hauptaugenmerk der beteiligten Staatsanwaltschaften und Gerichte auf den zentralen Figuren des sozialdemokratischen Reformprojektes lag, das zunehmend als gleichbedeutend mit Korruption dargestellt wurde. Dieses Narrativ korrelierte stark mit den parallelen Bemühungen der Opposition, Lula und die Arbeiterpartei mit einem inhärenten Korruptionsvorwurf zu belegen, was auf erhebliche Resonanz in einer nunmehr durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit verunsicherten Bevölkerung stieß und die politische Polarisierung exponentiell verstärkte.<sup>70</sup>

Diese neue Spaltlinie verlief zunächst nach dem in vielen westlichen Demokratien zu dieser Zeit beobachtbaren Schema einer groben Dichotomisierung von Politik in ein korruptes und ineffizientes System und eine antisystemische Opposition. Ersteres wurde mit der Arbeiterpartei und ihrem Projekt verbunden, unter letzterer sammelten sich dissidente Bewegungen von links bis ganz rechts, wobei vor allem rechtspopulistische und libertäre Ideengeber:innen den Ton angaben.<sup>71</sup> Zu einer realen Verschiebung der Machtstruktur kam es allerdings erst, als auch der bis dahin regierungsbeteiligte Teil des *Centrão* die Seiten wechselte und 2016 den Weg für ein rechtlich fragwürdiges Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Dilma Rousseff freimachte. Mit ihrem Sturz kamen das sozialdemokratische Entspaltungsprojekt ebenso wie die Redemokratisierungsperiode an ihr Ende, was sich auch daran zeigt, dass die vom ehemaligen Vizepräsidenten, dem *Centrão*-Politiker Michel Temer, geführte Übergangsregierung sich unmittelbar zur Erfüllungsgehilfin eines insbesondere vom Finanzsektor und der Agroindustrie gewünschten radikalen Staatsabbaus machte.<sup>72</sup>

Dieser faktische Umsturz „von oben“ korrelierte freilich mit einer rechtspopulistischen Revolte „von unten“, wie sie zeitgleich in vielen westlichen Demokratien stattfand. Diese lud das Korruptions- und Antisystemnarrativ kulturalistisch-identitär auf und verlagerte die politische Auseinandersetzung von der Wirtschafts- in die Gesellschaftspolitik. So führte

---

68 Chemim 2019; Lagues/Svejnar 2020.

69 Castro 2017, S. 293; eine signifikante Zahl der in diesem Zusammenhang Verurteilten ist mittlerweile wegen grober Ermittlungs- und Verfahrensmängel wieder auf freiem Fuß.

70 Souza 2017.

71 Avritzer 2016; Miguel *et al.* 2019.

72 Nunes 2019, S. 281.

sie, ähnlich wie z. B. in den Vereinigten Staaten unter Präsident Trump, einen rhetorischen Kulturkampf gegen jene Inklusionspolitik, in der sie die Ursache für die Zersetzung der alten Ordnung sah.<sup>73</sup> Zwar fischte der brasilianische Rechtspopulismus damit auch in den trüben Wassern des Neofaschismus, seine eigentliche Stärke konnte er jedoch aus dem direkteren Rückgriff auf das oben beschriebene Leitbild der Militärdiktatur ziehen, nach welchem die grundsätzliche Infragestellung des sozialen *Status quo*, wie es die Inklusionspolitik des *Lulismo* in den Augen dieser Bewegung getan hatte, existierende Spaltungen verstärkt, neue Spaltlinien erschaffen und damit die nationale Einheit und die öffentliche Ordnung direkt angegriffen habe. Tatsächlich wurde sogar kontrafaktisch auf den Kommunismusbegriff der Militärdiktatur zurückgegriffen, um im politischen Diskurs „Gesellschaft“ und „Nation“, „Kommunist:innen“ und „Brasilianer:innen“ gegeneinander zu positionieren.<sup>74</sup>

Dieses Szenario bot fruchtbaren Boden für das Modell einer kulturellen Gegenreaktion (*cultural backlash*), wie zuletzt 2019 von Norton und Inglehart formuliert. Hier entsteht ein durch rechtspopulistische Akteur:innen hervorgebrachter Gegenschlag gegen eine vom angenommenen Vormarsch progressiver Werte getriebene „stille Revolution“. Auf die Unfähigkeit des traditionellen Parteiensystems, auf diese neu erschienenen Spaltungen zu reagieren, wird mit Polarisierung und Hetze gegen das etablierte System reagiert. Dies zeigt sich, wie unten dargelegt, auch in der Reaktion des heutigen rechtspopulistischen Präsidenten Jair Bolsonaro auf die Covid-19 Pandemie, die er zunächst wie sein Vorbild Trump als Fiktion liberaler Eliten dargestellt hat, gegen die sich das Volk erheben müsse.<sup>75</sup> Die bekannte Spaltung des politischen Spektrums in Rechts und Links<sup>76</sup> – von Borschier auch als Konflikt zwischen „libertär-universalistischen“ und „traditionalistisch-kommunitaristischen“ Positionen aufgefasst<sup>77</sup> – wird von einem neuen Spaltungsmuster ersetzt.

Hier prangern Akteur:innen am extremen Rand des traditionalistisch-kommunitaristischen Lagers die mangelnde Reaktionsfähigkeit des politischen Establishments auf ihre Anliegen (oft im Hinblick auf den schleichenden Einflussverlust durch die angebliche „stille Revolution“) an und versuchen, politische Legitimität stattdessen durch den direkten Rückgriff auf den Volksbegriff zu generieren.<sup>78</sup> Hauptziel der rechtspopulistischen Gegenreaktion ist nach Norton und Inglehart dabei, die von der „stillen Revolution“ angeblich betriebene Wende zu postmaterialistischen Werten wie Umweltschutz, sexuelle Befreiung, Demokratie und Menschenrechte, Kosmopolitismus und die Gleichstellung nicht-traditioneller Identitäten.<sup>79</sup> Bei hierdurch sich bedroht fühlenden sozial-konservativen Wähler:innen kann dies, so Norris und Inglehart, zu einem „autoritären Reflex“ führen, über den die Demokratie im

---

73 Nobre 2020.

74 Nicolau 2020.

75 Norris/Inglehart 2019, S. 4.

76 In der politikwissenschaftlichen Literatur wird diese auch als Spaltung zwischen den Werten der Freiheit auf der rechten (verbunden mit Konzepten wie Ordnung, Tradition, Autorität, Nationalismus, Individualismus und freier Marktwirtschaft) und Gleichheit auf der linken Seite (Wahrnehmung der Rechte, Fortschritt, Solidarität, Internationalismus und staatlicher Intervention in den Markt) in Verbindung gebracht. Siehe u. a. Borschier 2010, S. 22.

77 Borschier 2010, S. 21–24.

78 Borschier 2010, S. 27, 35.

79 Norris/Inglehart 2019, S. 33, 94–95. Die Gleichstellung nicht-traditioneller Identitäten bringt Borschier explizit mit der Motivation rechtspopulistischer Bewegungen (und so dem „Backlash“ im Sinne von Norris und Inglehart) in Verbindung. Siehe Borschier 2010, S. 8.

Ganzen als Staatsform in Frage gestellt wird.<sup>80</sup> Im Falle des *backlash* gegen die damalige Regierungspartei PT führte die Fokussierung der *Lava Jato*-Operation auf diese zu ihrer fast fetischartigen Dämonisierung in Teilen der Bevölkerung, was wiederum zu einer kulturalistischen Aufladung des parteipolitischen Disputes führte.<sup>81</sup>

## 5. Spaltungen und „Entspaltungen“: Covid-19 in Bolsonaros Brasilien

In der solchermaßen aufgeladenen Atmosphäre des Wahljahres 2018, während dessen noch dazu Lula da Silva im Rahmen des *Lava Jato*-Verfahrens zu einer langen Haftstrafe verurteilt und damit als nach wie vor signifikante politische Kraft neutralisiert worden war, gelang es dem rechtspopulistischen Außenseiter Jair Bolsonaro überraschend die Wahl für sich zu entscheiden.<sup>82</sup> Als ehemaliger Militäroffizier, der sich zuvor in einer 27-jährigen Laufbahn als parlamentarischer Hinterbänkler vor allem mit revisionistischen Thesen zur Militärdiktatur einen gewissen Namen gemacht hatte, konnte er zur Galionsfigur des rechtspopulistischen Aufstandes werden und mit Hilfe des generellen *backlashs* gegen die Arbeiterpartei ebenso wie gegen die liberale Demokratie an sich eine Mehrheit der Wählerstimmen für sich erringen. Bei der parallel stattfindenden Kongresswahl schaffte es darüber hinaus die libertär-konservative Nischenpartei PSL, der er erst kurz zuvor beigetreten war, zur stärksten Kraft zu avancieren, die Arbeiterpartei und ihre Alliierten, aber auch das *Centrão* und die rechtsliberale Opposition verloren z. T. stark.<sup>83</sup> Faktisch bestand das Regierungsbündnis Bolsonaros freilich aus einer inkongruenten Koalition von vier äußerst unterschiedlichen Interessengruppen. Neben einer vergleichsweise kleinen Komponente neofaschistisch aufgeladener Rechtspopulist:innen um Bolsonaro bildeten insbesondere die obengenannten neopentekostalen Kirchen einen loyalen, allerdings auch eigeninteressegeleiteten, wahlpolitischen Resonanzraum. Darüber hinaus haben sich vor allem der Finanzsektor und die Agrarindustrie um den libertären Wirtschaftsminister Paulo Guedes geschart und bildeten die wohl einflussreichste Vetomacht um den Präsidenten. Schließlich hat sich ein repolitisiertes Militär schon früh an die Seite Bolsonaros gestellt und stellt mit inzwischen über 6.000 in die (zivile) Verwaltung abgestellten Militärangehörigen das administrative Rückgrat der Regierung dar.<sup>84</sup>

Der Regierungsstil Bolsonaros bestand dabei zumindest während der ersten Hälfte seiner Amtszeit – d. h. bis zum Ausbruch der Covid-19 Pandemie – aus der permanenten Polarisierung, die vor allem an den strukturellen Spaltlinien des Landes ansetzte. So attackierte er bewusst Afrobrasilianer:innen, Frauen, und die LGBTQIA+ Gemeinschaft, aber auch generell alle und alles präsumptiv Linke und wetterte gegen postmaterielle Werte wie Umwelt- und Klimaschutz, Geschlechtergerechtigkeit, Menschenrechte und Kosmopolitismus bzw. Globalismus.<sup>85</sup> Ein zentrales Merkmal dieser Polarisierungsstrategie war, wie bereits angedeutet, die starke Fokussierung auf Kultur- bzw. Gesellschaftspolitik und nur sekundär auf die normalerweise im Vordergrund der politischen Debatte stehende Wirtschafts-

80 Norris/Inglehart 2019, S. 16, 33. Dieser Reflex findet besondere Anwendung auf die von progressiven Entwicklungen vorangetriebene Bestätigung nicht-traditioneller Identitäten. (ebd.)

81 Siehe z. B. Layton et al. 2021: S. 2.

82 Nicolau 2020.

83 Nicolau 2018.

84 Lis 2020.

85 Zur Übertragbarkeit des Modells von Norris und Inglehart auf Brasilien siehe Rennó 2020 und Setzler 2021.

und Sozialpolitik.<sup>86</sup> So konzentrierte er sich u. a. auf das Bildungs- und Forschungssystem als primären Hort „unbrasilianischer“ Werte, verunglimpfte Lehrende, Schüler:innen und Student:innen und brachte administrative Gängelungen und finanzielle Kürzungen auf den Weg, die insbesondere die Hochschul- und Forschungsstruktur in ihrer Funktionsfähigkeit bedrohte.<sup>87</sup> Dabei zeichnete sich sein Regierungshandeln durch eine inkongruente Verbindung aus zentralistischen Gleichschaltungsmaßnahmen und libertärer Entstaatlichungspolitik aus. Letztere lässt sich, auch wieder im Rahmen der *backlash*-These, u. a. an der Vorrangstellung von Sicherheitsfragen in seiner Weltanschauung erkennen. Diese beruht auf dem Empfinden einer Bedrohung durch den Vormarsch progressiver Werte.<sup>88</sup> Diese Verbindung findet bei Bolsonaro u. a. in einer ausgeprägten Vorliebe für Schusswaffen ihren Ausdruck. Der Präsident erließ seit seiner Amtsübernahme ein Dutzend Dekrete zur Lockerung des Waffenbesitzes durch Privatbürger:innen; viele hielten jedoch nicht der Prüfung durch die Justiz stand.<sup>89</sup> Angetrieben durch Bolsonaros Diskurs verdoppelten sich von 2017 auf 2020 die Eintragungen ins zivile Waffenbesitzregister auf knapp 1,3 Millionen.<sup>90</sup> Aufgrund der Schlüsselrolle bei der Verwandlung der zwei weiteren Gewalttypen im Galtungsschen Modell ist dementsprechend von einem erheblich höheren Potential zur direkten Gewalt in Brasilien auszugehen.

Das Hereinbrechen der Covid-19 Pandemie Anfang 2020 hat dieses Szenario sowohl verschärft als auch verändert. Dabei ist zunächst, und wie bereits oben ausgeführt, anzumerken, dass die Analyse der aktuellen Auswirkungen der Pandemie nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen kann. Die erste, die sich in der Struktur dieser Abhandlung widerspiegelt, ist, dass man sowohl die strukturellen Spaltungen, die die brasilianische Gesellschaft durchziehen, als auch die widersprüchlichen Formen, mit der die brasilianische Politik insbesondere seit der Redemokratisierung mit diesen Spaltungen umzugehen versucht hat, für das Verständnis der Auswirkungen eines externen Schocks wie der Covid-19 Pandemie zu Grunde legen muss. Hinzu kommt, dass die Pandemie offensichtlich noch nicht vorüber ist und sich der weltweite Verlauf sowohl des Infektions- und Erkrankungsgeschehens wie auch der sozialen und wirtschaftlichen Langzeitauswirkungen noch kaum überblicken lässt. Insofern kann die folgende Reflektion nur eine Momentaufnahme zu Beginn des Wahljahres 2022 darstellen.

Nach der Erklärung des Internationalen Gesundheitsnotstands am 30. Januar 2020 durch die Weltgesundheitsorganisation kam der Virus offiziell am 26. Februar mit der ersten verifizierten Infektion in Brasilien an. Schon kurz danach bezog sich der Präsident auf die SARS-Cov-2 Infektion als nicht mehr als eine „kleine Grippe“<sup>91</sup> und stellte sich offen gegen jene Expert:innen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die unmittelbare Lockdown-Maßnahmen einforderten. Er änderte diese Position auch nicht, als sich ein Großteil seiner Delegation während eines offiziellen Besuchs in den Vereinigten Staaten mit dem Virus infizierte und er selbst im Juli an Covid erkrankte. Während auf Länderebene die

---

86 Bolsonaros Vorgehen spiegelt so die von Norris/Inglehart etablierte Vorgehensweise des Rechtspopulismus wider (2019, S. 4).

87 Felice 2021.

88 Norris/Inglehart 2019, S. 76.

89 Fernandes 2021.

90 Acabaya/Reis 2021.

91 BBC News Brasil 2020.

ersten *Lockdown*-Maßnahmen bereits Ende März eingeführt wurden, stellte sich Bolsonaro als Verteidiger des „Volkes“ und dessen angeblichen Willens, „Brasilien offen zu halten“ gegen die Umsetzung der WHO-Empfehlungen und brandmarkte einen Teil der Gouverneur:innen und Bürgermeister:innen faktisch als Volksfeinde. Er versuchte damit, seinem Vorbild Trump nicht unähnlich, die Rolle des radikalen Systemoppositionellen einzunehmen, der als von „den Eliten“ marginalisierter Kämpfer für die Rechte und Freiheiten seines „Volkes“ jedes Opfer zu bringen bereit sei.<sup>92</sup>

Zugleich löste er bereits im April seinen diesbezüglich dissidenten Gesundheitsminister ab und tauschte diesen in der Folge noch weitere drei Mal aus. Bereits im April brachte er jedoch mit dem *Auxílio Emergencial* eine zunächst bis zum Jahresende begrenzte monatliche Sonderzahlung von R\$ 600 (etwas über 100€) für Geringverdienende auf den Weg und brach damit offen mit der zuvor dogmatisch unter der Ägide des Wirtschaftsministers Paulo Guedes betriebenen Austeritätspolitik. Zwar konnte diese Maßnahme kaum die weitere Prekarisierung der betroffenen Bevölkerungsschicht durch die direkten und indirekten Auswirkungen der Pandemie verhindern, sie stellte aber einen geschickten wahlpolitischen Schachzug seitens der Bolsonaro-Regierung wie auch ihre ideologische Flexibilität dar. Tatsächlich folgten im Jahr 2021 dann das weitergehende *Auxílio Brasil*-Programm, das das bereits vor Ausbruch der Pandemie angestrebte Vorhaben, die während der Lula-Regierung eingeführte und international beachtete *Bolsa Família* (staatl. Sozialhilfe auf Familienbasis) zu ersetzen, realisiert, aber erst durch den sozialpolitischen *fallout* der Pandemie ermöglicht wurde.<sup>93</sup> Paradoxerweise hat Bolsonaro dadurch zeitweise an Zustimmung in den ärmsten Bevölkerungsschichten gewonnen, obschon diese ihm grundsätzlich aufgrund seiner libertären Entstaatlichungspolitik eher skeptisch gegenüber standen.<sup>94</sup>

Manche meinen, dass Bolsonaro damit gar die wahltaktische Repositionierung Lulas zu seiner Wiederwahl 2006 zu replizieren versuche und seine eigenen Wiederwahlchancen durch eine populistische und auf die ärmeren Bevölkerungsschichten abzielende Sozialpolitik erhöhen wolle.<sup>95</sup> Ob diese Maßnahmen allerdings mittelfristig die erhofften wahlpolitischen Effekte zeitigen, bleibt abzuwarten. So wurden sie u. a. durch den anhaltenden Negationismus des Präsidenten konterkariert, der die Dramatik der Todeszahlen immer wieder minimierte, wiederholt die Bevölkerung zur Nichtbefolgung der Covid-Maßnahmen aufrief, sich selber immer wieder unter größere (und maskenfreie) Menschenmengen mischte, offen an Anti-Lockdown-Protesten teilnahm und die wissenschaftlich widerlegte Anwendbarkeit des Malariamittels *Chloroquin* und des Nutztier-Entwurmungsmittels *Ivermectin* gegen den Virus propagierte.<sup>96</sup> Immer wieder handelte die Bundesregierung erst, wenn sie vom Kongress oder der Justiz dazu gezwungen wurde.

Trotz dieser extremen Polarisierungsstrategie und der Zielsetzung, seine Kernanhänger:innen in einem Zustand permanenter Mobilisierung zu halten,<sup>97</sup> brachen seine Popu-

---

92 Avritzer 2021.

93 El País (Brasil) 2021a.

94 Folha de São Paulo 2021a.

95 Singer 2012.

96 Calejon 2021.

97 Über die wahlpolitische Stärke der Kernanhängerschaft Bolsonaros wird seit seiner Wahl 2018 heftig diskutiert. Einer oft kommentierten Einschätzung nach verfügt die „Bewegung“ über einen harten Kern von etwa 15% der Wähler:innen, die Bolsonaro unter allen Umständen ihre Stimme geben würden; dazu kommen weitere ca.

laritätswerte, die seit seinem Amtsantritt ohnehin nie sehr gut gewesen waren, stark ein.<sup>98</sup> Zudem bildete sich schon früh eine landesweite Protestbewegung, die zunächst (und *lock-down*-bedingt) überwiegend in wöchentlichen sog. *Panelaços* (dem öffentlichen Trommeln auf Küchentöpfen) in vielen Städten gegen den Präsidenten protestierten.<sup>99</sup> Dieser entgegen stand allerdings stets eine kleinere aber deutlich aggressivere Gegenbewegung, die sich überwiegend aus Anhänger:innen des neofaschistischen harten Kerns der Bolsonaroanhänger:innen rekrutierte.<sup>100</sup> Allerdings wurde der Handlungsrahmen der Bundesregierung nahezu von Anfang an zunächst von den Landesgouverneur:innen, dann zunehmend auch von der Justiz und schließlich sogar vom Kongress stark eingeschränkt bzw. mitbestimmt.<sup>101</sup> So sind diejenigen Maßnahmen, die, wenn auch zumeist verspätet, ergriffen wurden, überwiegend der Intervention dieser Akteur:innen geschuldet. Das trifft in besonderem Maße auch auf die ab Mitte Januar 2021 angerollte Impfkampagne zu. Diese lief u. a. durch schwere Planungsfehler und Korruption beim Einkauf von Teilstoffen zur Impfstoffherstellung von Seiten des Bundesgesundheitsministeriums erst verzögert an, nahm dann aber langsam und vor allem aufgrund der von den staatlichen Forschungsinstituten *Fundação Oswaldo Cruz* (FIOCRUZ) und *Instituto Butantan* respektive mitentwickelten und in Lizenz produzierten Impfstoffen von *AstraZeneca* und *Sinovac* an Fahrt auf.<sup>102</sup> Erneut waren es dabei vor allem die Landesgouverneur:innen und Bürgermeister:innen, die die Impfkampagne lokal organisierten und vorantrieben, so dass bis Ende 2021 tatsächlich 75 % der Bevölkerung die erste, 66 % die zweite und bereits 10 % die Boosterimpfung erhalten haben.<sup>103</sup>

Fraglos hat aber, wie bereits oben angesprochen, die Pandemie in Brasilien dramatische Auswirkungen gehabt, die in ihrer Proportion und Intensität zumindest in der Anfangsphase der Pandemie weit über dem weltweiten Mittel lagen. So infizierten sich bislang nahezu 10 % der Bevölkerung am Virus, weit über 600.000 sind daran verstorben,<sup>104</sup> in der Mortalitätsstatistik liegt Brasilien damit in absoluten Zahlen nach den Vereinigten Staaten an zweiter, nach der Bevölkerung an neunter Stelle als das mit Abstand bevölkerungsreichste und wirtschaftskräftigste Land im oberen Bereich dieser traurigen Liste.<sup>105</sup> Dazu kam es in den Anfangsmonaten 2021 zu einer akuten wenn auch lokal differenzierten Krise in der Intensivversorgung von Covidpatient:innen, die v. a. von den dramatischen Bildern aus der Amazonasmetropole Manaus gekennzeichnet war, wo es u. a. zu einem Zusammenbruch der Versorgung mit medizinischem Sauerstoff gekommen war.<sup>106</sup>

---

10–15 %, die ihm weltanschaulich nahe stehen aber auch pragmatische und wahltaktische Erwägungen in ihre Wahlentscheidung einfließen lassen; die weiteren 25 %, die er (so man Nullstimmen herausrechnet) in der Wahl 2018 bekommen hat, werden oft auf den sog. Antipetismus (also die erwähnte radikale Ablehnung der Parteien und Programme um Lulas PT) bzw. auf grundsätzliche Systemkritik zurückgeführt, ein Protestwähler:innenpotential, welches freilich als äußerst volatil gilt und sich überwiegend nicht mit der weltanschaulichen Radikalität Bolsonaros identifizieren will. Hierzu z. B. Nobre 2021.

98 El Pais Brasil 2021b; Nobre 2020.

99 Folha de São Paulo 2020; Avritzer 2020.

100 Folha de São Paulo 2021b.

101 Carlos 2021.

102 Domingues 2021.

103 Our World In Data, Coronavirus (COVID-19) Vaccinations.

104 Johns Hopkins University & Medicine 2021.

105 Our World in Data, Covid Deaths.

106 Globo 2021.

Darüber hinaus hat das Land erhebliche indirekte Folgen der Pandemie zu spüren bekommen, nicht zuletzt da sich die Wirtschaft noch nicht völlig von einer Rezessionsphase 2015/2016 erholt hatte und zugleich seit 2016 rigide Austeritätsmaßnahmen den Ausgaberahmen der öffentlichen Hand stark beschränkt hatten. So fiel das Bruttosozialprodukt zunächst um über 10 % (s. Abb. 1) und pandemiebedingt stieg die Arbeitslosigkeit um etwa vier Punkte auf über 14 % (s. Abb. 2), wobei diese Rate in den besonders betroffenen Sektoren um vieles höher liegt.<sup>107</sup> Auch nahm unter den Armen und Ärmsten die Verelendung rasant zu, nicht zuletzt da ein signifikanter Teil des Niedriglohnsektors aus informellen Arbeitsverhältnissen besteht, die insbesondere in den Großstädten von den notwendigen Isolations- und *Lockdown*-Maßnahmen (auch z. B. im öffentlichen Nahverkehr) stark betroffen sind.<sup>108</sup> Dies wurde noch durch die kräftig gestiegene Inflationsrate verstärkt (s. Abb. 3). Hier federten zwar die Sonderzahlungen der Bundesregierung das Schlimmste ab, sie reichten aber in Umfang und Breite nicht aus, um die Effekte auch nur annähernd zu neutralisieren. Ansonsten hat Brasilien natürlich dieselben indirekten Auswirkungen der Pandemie, wie sie nahezu weltweit auftraten, zu spüren bekommen, insbesondere im Bildungsbereich, der, für das gesamte erste Pandemiejahr fast vollständig und auch noch im zweiten Pandemiejahr teilweise virtualisiert war. Gerade hinsichtlich der Schulbildung insbesondere prekarierteter und bildungsferner Bevölkerungsschichten hat dies noch kaum absehbare negative Folgen, die durch den bolsonaristischen Kulturkampf gegen das Bildungssystem noch verstärkt werden.<sup>109</sup> Auch im Hochschul- und vor allem im Forschungsbereich befand sich Brasilien zu Pandemiebeginn aufgrund der dramatischen Kürzungen im Bildungsetat in einer vergleichsweise geschwächten Position, da die über lange Zeit hin aufgebaute Infrastruktur selbst in der Medizinforschung durch die Sparmaßnahmen brüchig geworden war.<sup>110</sup> Das öffentliche Gesundheitssystem SUS an sich war seit langem unterfinanziert gewesen und sollte vor der Pandemie von Bolsonaros libertärem Wirtschaftsminister Guedes für eine Teilprivatisierung vorbereitet bzw. zusammengespart werden.<sup>111</sup>

---

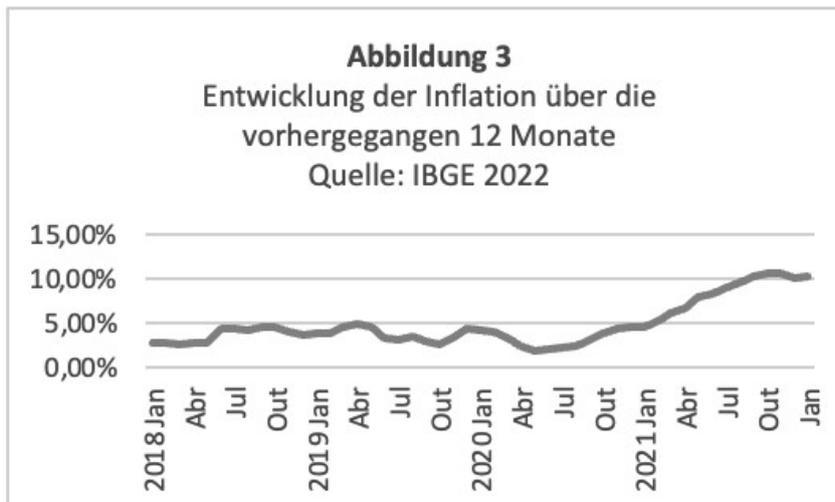
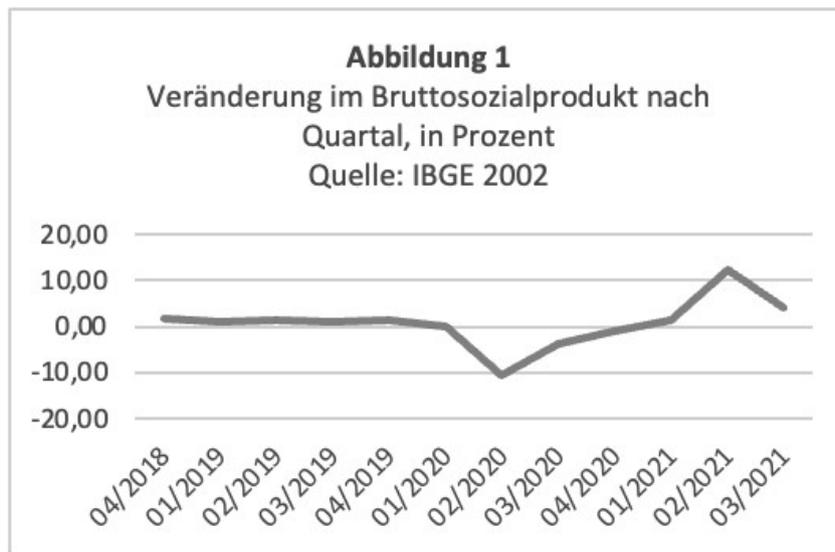
107 G1 2021.

108 Milanez/Vida 2020; Lopes 2020.

109 Cupertino 2021.

110 Folha de São Paulo 2021c.

111 Sampaio 2020.



Wenig überraschend ist, dass jene Bevölkerungsgruppen besonders hart von den direkten und indirekten Auswirkungen der Pandemie betroffen sind, die besonders unter bestehenden strukturellen Spaltungen zu leiden haben. So sind u. a. Afrobrasilianer:innen und Indigene

weit überdurchschnittlich in der Infektions- und Todesstatistik repräsentiert, sie gehören ebenfalls zu jenen, die die indirekten Konsequenzen der Pandemie am stärksten erleiden mussten.<sup>112</sup> Dies hat, wie bereits oben angeführt, mit den prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen zu tun, die diese Bevölkerungsgruppen überwiegend betrifft. Insofern ist hier die bekannte These des „demokratischen Virus“ eindeutig widerlegt und die fatale Verbindung von sozio-ökonomisch strukturellen und identitär-kulturellen Faktoren bleibt für Brasilien charakteristisch.<sup>113</sup> Gleichwohl hat angesichts der dramatischen Lage und trotz aller gegenteiliger Rhetorik Bolsonaros der Kulturkampf an Resonanz verloren und erneut figurieren sozial- und wirtschaftspolitische Fragen an erster Stelle der politischen Debatte. Und auch die religiösen Gemeinschaften, einschließlich der neopentekostalen Alliierten Bolsonaros haben sich den Pandemiemaßnahmen und auch der Impfkampagne nur moderat in den Weg gestellt, sie bilden gleichwohl nach wie vor den zentralen Referenzrahmen für einen signifikanten Teil insbesondere der ärmeren Bevölkerung.

## 6. *Resilienzpotentiale im Wahljahr 2022*

Wie verhält sich dieses Szenario nun im Hinblick auf die strukturellen Spaltungen und das beschriebene Spannungsverhältnis, innerhalb dessen diese bislang politisch verarbeitet wurden? Hat das (Nicht-)Handeln der Bolsonaro-Regierung in der Covid-19 Pandemie die bestehenden Spaltungen schlicht vertieft oder hat ihr Versuch, neue Spaltlinien zu erzeugen eher ein unterschwelliges Zusammenkommen der Bevölkerung bewirkt? Beides trifft in unterschiedlicher Weise zu. Wie bereits angesprochen, hat die Pandemie und die sie begleitende Fahrlässigkeit der Regierung die ärmere und hier insbesondere die afrobrasilianische und indigene Bevölkerung noch stärker prekarisiert als sie es vorher schon war. Für viele Organisationen der Zivilgesellschaft ebenso wie für die parlamentarische Untersuchungskommission zur Covid-Politik der Regierung war dieses (Nicht-)Handeln zumindest grob fahrlässig, wenn nicht sogar absichtsvoll, für manche Aktivist:innen aus den betroffenen Bevölkerungsteilen ist es sogar in seiner Konsequenz einer höheren Mortalität dieser Gruppen so gewollt.<sup>114</sup> Gleichwohl bleiben viele der Auswirkungen auf diese vulnerabelsten Gruppen auch durch die *Lockdowns* und die von ihnen bedingten Veränderungen von Mobilität und öffentlichem Raum unsichtbar und sie spielen in der öffentlichen Diskussion nur sekundär eine Rolle.

Auf der anderen Seite hat aber Bolsonaros Versuch, die alten Spaltungen durch neue zu überdecken und dafür letztlich auch die Covid-19 Pandemie zu instrumentalisieren, nur bedingt gefruchtet. Zwar mobilisiert er weiterhin mit seinem Negationismus sein Kernklientel, aber schon jene Wählerschichten, die ihn 2018 eher aus Opportunismus oder Protest gewählt haben, gelten als für ihn nur noch bedingt über diese neue Spaltung erreichbar.<sup>115</sup> Das zeigt mitunter die relativ hohe Impfquote, die tief in ursprünglich bolsonaristische Wählerschichten hineinreicht. Dazu kommt, dass weite Teile der Bevölkerung auch schon vor der Impfkampagne das öffentliche Gesundheitssystem SUS als unabdingbaren Resilienzfaktor angesehen und gefeiert haben. So haben z. B. spontane Aktionen von Bolsonaroanhänger:innen

---

112 Rocha et al. 2021, S. 782.

113 Ahmed 2020, S. 240.

114 Agência Senado 2021.

115 Nobre 2020.

gegen Ärzt:innen und Krankenhäuser keine positive Resonanz erzeugen können und haben seiner Popularität eher geschadet. Umgekehrt hat sich um die Impfkampagne, die in Brasilien ausschließlich über das SUS abgewickelt wird, eine subtile Solidaritätsbewegung mit dem Motto „Viva SUS“ herausgebildet, die die bisherigen politischen *cleavages* zu überbrücken scheint. Davon haben mitunter auch jene nicht mit Bolsonaro alliierten Landes- und Kommunalpolitiker:innen profitiert, die die Impfkampagne ihrerseits vorangetrieben haben.

Der Ausgang der (zweistufigen) Wahl im Oktober 2022 ist durchaus ungewiss, eine exaktere Prognose müsste weitere Faktoren mit einbeziehen, die über den Rahmen dieser Abhandlung hinausgehen. Gewiss ist, dass die dramatischen Auswirkungen der Corona-Krise der Bolsonaro-Regierung zwar nicht, wie von der Opposition gefordert und erhofft, das Genick gebrochen haben, aber sie hat einen tiefen Schatten über den zweiten Teil der Amtsperiode gelegt, aus dem er auch mit seiner rechtspopulistischen Polarisierungsstrategie wohl nicht mehr heraustreten können wird. Zu hoffen bleibt daher, dass die Pandemie auf dem politischen Feld dazu beigetragen haben könnte, den Polarisierungs- und Spaltungsdiskurs an sich in Verruf zu bringen und zumindest einen größeren Teil der Bevölkerung gegen Negationismus und *Fake News* zu sensibilisieren. Was die gesellschaftliche Spaltungen an sich betrifft, so warten diese auf politische Schließung, wobei der brasilianischen Gesellschaft paradoxerweise gerade aufgrund dieser Spaltungen eine besondere Fähigkeit zur Kontingenzverarbeitung zuwächst, die, wie sich an der angesichts des Gegenwindes der eigenen Regierung kontrafaktisch erfolgreichen Pandemiebewältigung zeigt, ein erhebliches Resilienzpotential gerade in Krisenzeiten in sich birgt.

## Bibliographie

- Abreu, Fernanda (2021): *À Terceira Margem: processos de tomada de decisão na elaboração de políticas públicas de memória no Brasil (1988–2015)*. Ph.D.-Dissertation, Päpstlich-Katholische Universität, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Rio de Janeiro.
- Ahmed, Faheem et al.(2020): Why inequality could spread COVID-19. In: *The Lancet Public Health*, 5, S. E240.
- Agência Senado. CPI da Pandemia: principais pontos do relatório. <https://www12.senado.leg.br/noticias/materias/2021/10/20/cpi-da-pandemia-principais-pontos-do-relatorio> (abgerufen am 17.12.2021).
- Anderson, Perry (2019): *Brazil Apart: 1964–2019*. London: Verso Books.
- Ayres, Carlos Antonio (2020): *Os Governos FHC e a Reforma do Estado no Brasil do Real: Em Busca da Legitimidade Perdida*. Curitiba: Editora Appris.
- Acabaya, Cíntia / Reis, Thiago (2021): Brasil dobra o número de armas nas mãos de civis em apenas 3 anos, aponta Anuário. In: *G1 (Globo)*. <https://g1.globo.com/sp/sao-paulo/noticia/2021/07/15/brasil-dobra-o-numero-de-armas-nas-maos-de-civis-em-apenas-3-anos-aponta-anuario.ghtml> (abgerufen am 17.12.2021).
- Avritzer, Leonardo (2016): *Os Impasses da Democracia no Brasil*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira.
- Avritzer, Leonardo (2020): *Política e antipolítica: a crise do governo Bolsonaro*. São Paulo: Todavia.
- Avritzer, Leonardo (2021): *Governo Bolsonaro: retrocesso democrático e degradação política*. Belo Horizonte: Autêntica.
- Avritzer, Leonardo / Domingues, José Maurício (2000): *Teoria social e modernidade no Brasil*. Belo Horizonte: Editora UFMG.

- Bartolini, Stefano / Mair, Peter (1990): *Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilization of European Electorates 1885–1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Batista, Waleska Miguel / Mastrodi, Josué (2018): Dos fundamentos extraeconômicos do racismo no Brasil. In: *Revista. Direito e Práxis*, 9, S. 2332–2359.
- BBC News Brasil (2020): 2 momentos em que Bolsonaro chamou covid-19 de ‘gripezinha’, o que agora nega. <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-5510753> (abgerufen am 17.12.2021).
- Bonavides, Paulo (1989): *História constitucional do Brasil*. Rio de Janeiro: Paz e Terra.
- Bornschieer, Simon (2010): *Cleavage politics and the populist right: the new cultural conflict in Western Europe*. Philadelphia: Temple University Press.
- Braun, Andreas (2021): Strukturelle Gewalt – ein analytisch überschätzter Begriff. In: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, 10, S. 5–35.
- Calejon, Cesar (2021): *Tempestade perfeita: o bolsonarismo e a sindemia covid-19 no Brasil*. Brazil: Editora Contracorrente.
- Carlin, Ryan E. / Singer, Matthew M. / Zechmeister, Elizabeth J. (Hrsg.) (2015): *The Latin American Voter: Pursuing Representation and Accountability in Challenging Contexts*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Castro, Matheus Felipe de (2017): O martelo Moro: a “operação Lava Jato” e o surgimento dos juízes” partisans” no Brasil. In: *Revista Brasileira de Ciências Criminais*, 136, S. 293–319.
- Chemim, Rodrigo (2019): *Mãos Limpas e Lava Jato: a corrupção se olha no espelho*. Rio de Janeiro: CDG Edições.
- Congresso em Foco (2020): *Veja quais deputados e senadores fazem parte da bancada evangélica*. <https://congressoemfoco.uol.com.br/area/congresso-nacional/veja-quais-deputados-e-senadores-fazem-parte-da-bancada-evangelica> (abgerufen am 17.12.2021).
- Conselho Indigenista Missionário (2018): *Relatório Violência Contra os Povos Indígenas no Brasil: Dados de 2018*. Brasília: Conselho Indigenista Missionário.
- Cupertino, Philippe (2021): O projeto de Bolsonaro para a Educação é a crise. In: *Brasil de Fato*. <https://www.brasildefato.com.br/2021/08/06/o-projeto-de-bolsonaro-para-a-educacao-e-a-criese> (abgerufen am 17.12.2021).
- Domingues, Carla Magda Allan Santos (2021): “Desafios para a realização da campanha de vacinação contra a COVID-19 no Brasil.” In: *Cadernos de Saúde Pública* 37.
- El Pais Brasil (2021a): *Auxílio Brasil toma o lugar do Bolsa Família sob críticas e incertezas*. <https://brasil.elpais.com/brasil/2021-11-17/auxilio-brasil-toma-o-lugar-do-bolsa-familia-sob-criticas-e-incertezas.html> (abgerufen am 06.03.2022).
- El Pais Brasil (2021b): *Aprovação ao Governo Bolsonaro cai para 19%, nível mais baixo desde que chegou ao Planalto*. <https://brasil.elpais.com/brasil/2021-11-29/aprovacao-a-bolsonaro-cai-para-29-nivel-mais-baixo-desde-o-inicio-do-governo.html> (abgerufen am 17.12.2021).
- Enyedi, Zsolt (2005): *The Role of Agency in Cleavage Formation*. In: *European Journal of Political Research*, 44, S. 697–720.
- Felice, Raphael (2021): *Governo Bolsonaro corta 87% da verba para Ciência e Tecnologia*. In: *Correio Braziliense*. <https://www.correiobraziliense.com.br/politica/2021/10/4954322-governo-bolsonaro-corta-87-da-verba-para-ciencia-e-tecnologia.html> (abgerufen am 17.12.2021).
- Fernandes, Augusto (2021): *Rosa Weber anula parte de decretos de Bolsonaro sobre armas*. In: *Correio Braziliense*. <https://www.correiobraziliense.com.br/brasil/2021/04/4917872-rosa-weber-anula-partes-de-decretos-de-bolsonaro-sobre-armas.html> (abgerufen am 17.12.2021).
- Fico, Carlos (2017): *Ditadura militar brasileira: aproximações teóricas e historiográficas*. In: *Revista Tempo e Argumento*, 9, S. 5–74.